

Herren!- Ich darf mir erlauben, eine Ergänzung zum Vortrag von Frau Dr. Wolf vorzunehmen. Sie wollte das wohl aus verständlichen Gründen nicht selber vortragen.- Der Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Herr Wolf, ihr Mann, ist 1948 „verunglückt worden“. Das muß man wissen, um auch das Gesamtbild zu verstehen, das uns Frau Wolf hier dargestellt hat.

Im übrigen möchte ich für unsere Fraktion sehr, sehr herzlich Dank für die eindrucksvollen Berichte der Dame und der beiden Herren sagen. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich glaube, das ist die einhellige Meinung aller. Herzlichen Dank.- Wir fahren jetzt also mit den drei Kurzberichten über „Forschung und Archivaufarbeitung zu den Parteien in der SBZ/DDR 1945 bis 1950“ fort. Zunächst hat Frau Wrede-Bouvier von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Wort.

**Dr. Beatrix Wrede-Bouvier (Friedrich-Ebert-Stiftung):** Der Vorsitzende hat gebeten, daß wir uns kurz fassen. Ich will versuchen, das zu tun. Dies könnte mir auch gelingen, weil vieles, was ich sagen wollte, Dieter Rieke ohne zeitlichen Druck als Zeitzeuge hier doch sehr eindringlich formuliert hat.

Ich glaube, es ist nicht nötig zu sagen, daß wissenschaftliche Forschungen an das anschließen, was er vorgetragen hat, und sie abstrahieren es in mancher Hinsicht. Die Plastizität ist also schon gegeben; das Theoretische oder Abstrakte wäre dann der Forschung vorbehalten, die wir teilweise betreiben.

Der Name „Friedrich-Ebert-Stiftung“ ist gefallen. Es liegt also nahe, daß es sich in meinem Vortrag vor allem um Aktivitäten der Sozialdemokratie handelt. Drei Sorten von Aktivitäten will ich zu Ihrer Information kurz nennen. Zum einen handelt es sich dabei um Publikationen, die bereits vorliegen. Zweitens geht es um Aktivitäten, die einen größeren Rahmen umfassen und an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet sind. Drittens nenne ich laufende Forschungsvorhaben.

Zu den schon vorliegenden Publikationen gehören immer noch Standardpublikationen wie Frank Moraws „Parole der Einheit“. Diese Publikation wurde neu aufgelegt. Es gehören Materialien dazu, die anlässlich von Jahrestagen der SED Ende der achtziger Jahre herausgegeben wurden. Weiter nenne ich Erinnerungsbroschüren, die sich mit dem befassen, was Dieter Rieke eben erzählt hat. Außerdem geht es um kleinere Dokumentationen aus den Regionen, etwa über Entnazifizierung in Mecklenburg und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Weiter nenne ich in diesem Zusammenhang eine sehr umfangreiche Studie von Manfred Overesch über Hermann Brill, die gerade auf den Markt gekommen ist. Sie werden sie sicher kennen.

Zweitens sind Vortragsveranstaltungen zu nennen, die sich im weitesten Sinne mit dieser Thematik befassen. Dazu dient auch der Gesprächskreis „Ge-

schichte“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo etwa Jäckel einen vergleichenden Vortrag über die Systeme des Nationalsozialismus und der SED hielt.

Nicht zu vergessen sind vor allem die Bautzen-Foren, von denen drei schon stattgefunden haben. Sie werden zu den Themen „Stalinismus“ im weitesten Sinne und „Opfer der kommunistischen Diktatur“ fortgeführt. Erwähnt sei auch eine Veranstaltung, die nicht so sehr viel Publizität erlangt hat wie die Bautzen-Foren. Sie betraf Frauen, die in Hoheneck gesessen haben. Dabei handelte es sich um SMT-Verurteilte, die sich zum ersten Mal dort treffen konnten. Diese Veranstaltung ist aber, wie gesagt, nicht in dem Maße in den Medien erwähnt worden wie die Bautzen-Foren.

Ich nenne weiterhin die nicht weit zurückliegenden Veranstaltungen im Reichstag. Sie fanden im Oktober zur Erinnerung an die Gründung der SDP statt. Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung wird im Dezember auch ein Vortrag über die Gründung der SPD in der DDR stattfinden.

Jetzt geht es vor allem um laufende Forschungsprojekte aus diesem Bereich. In diesem Zusammenhang wäre vor allem ein Oral-History-Projekt mit Interviews von Beteiligten zu nennen, welche die SPD gegründet haben. Es wird von Patrik von zur Mühlen und Wolfgang Herzberg betreut und durchgeführt. Wenn ich es richtig sehe, wird das im nächsten Jahr erscheinen.

Weiter sind Projekte von Martin Gutzeit und Stefan Wolle/Armin Mitter über Bereiche der DDR-Opposition und ihre Entstehung in verschiedenen Phasen zu nennen. Weiterhin gibt es eine Dokumentation über kirchliche Friedensarbeit bis zur Gründung der Sozialdemokratie mit Texten von Markus Meckel und Martin Gutzeit. Dabei geht es um zehn Jahre politischer Opposition. Das Buch steht kurz vor der Herausgabe.

Dann sind wissenschaftliche Projekte zu erwähnen, bei denen es vor allem um Regionalstudien geht, die sich in minutiösen Analysen damit beschäftigen, wie der Zerfallsprozeß von sozialdemokratischen Hochburgen in Sachsen und Thüringen verlaufen ist. Dabei werden Traditionslinien von Weimar bis zur neueren Zeit gezogen. Ich glaube, daß damit im Hinblick auf manche Prozesse durchaus Hinweise gegeben werden können.

Zuletzt sei auch noch eine Studie erwähnt, die ich selber mache. Darin beschäftige ich mich mit Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone. Sie knüpft an das an, was ich selber schon in einem Oral-History-Projekt in den siebziger Jahren gemacht habe. Vor einiger Zeit habe ich dazu eine Auswahl von Interviews veröffentlicht. Einmal geht es um das, was Dieter Rieke hier als Zeitzeuge berichtet hat und was sozusagen exemplarisch für das Schicksal und den Widerstand von Sozialdemokraten genommen werden kann. Er ist da ja nicht der einzige, wie er auch weiß, sondern es gibt mehrere, die zu verschiedenen Zeiten tätig waren. Neben diesem Widerstand – das sollte auch noch kurz erwähnt werden –, der mit so sehr großen Opfern verbunden war, hat es eben auch noch andere Formen der Ausschaltung gegeben, die nicht

nur für Sozialdemokraten galten. Vielmehr ist es so, daß das – Herr Fischer hat es vorhin ja auch schon festgestellt – auf sehr breiter Front geschah. Diese Prozesse will ich nachzeichnen und schauen, wie sie in ihren verschiedenen, differenzierten Formen aussehen.

Ich denke auch an alle Formen von Kriminalisierung politisch Handelnder bzw. unliebsamer Sozialdemokraten. Der Fall Brundert ist hier ein Beispiel. Da wurde Wirtschaftskriminalität als Vorwand genommen. Das ist, glaube ich, ein Bereich, der immer noch in der Betrachtung ein wenig zu kurz kommt. Es geht dabei um all die Formen von Kriminalisierung, die es bis weit in die fünfziger Jahre hinein gab.

Der dritte Aspekt, der untersucht werden muß, ist nicht zu unterschätzen. Dabei geht es um all die vielfältigen Formen von Anpassungsprozessen, die freiwillig und unfreiwillig im Laufe der Jahre stattgefunden haben. Das war das Schicksal von sehr, sehr vielen Sozialdemokraten – wenn es nicht sogar die Mehrheit betrifft, wenn man von der Ausgangszahl ausgeht. Zumindest war das auch das Schicksal von Namenlosen. Auch sie sollten mit berücksichtigt werden. Im Hinblick auf Anpassungsprozesse ist zu fragen – da muß man eben auch hinschauen –, welche Formen etwa von Dispositionen es in der politischen Vorstellungswelt und hinsichtlich der Mentalität gab, welche weit – bis vielleicht in die Weimarer Republik – zurückgehen. Es ist zu fragen, ob sie in dieser Zeit dazu beigetragen haben, daß es leicht fiel, sich dem System anzupassen.

Es geht aber auch um all die anderen zwangsweise erfolgten Anpassungsprozesse, welche es im Laufe der Zeit gab. Auch in der NS-Forschung geht es ja darum, nach diesen Anpassungsmechanismen und Zwängen zu fragen. Das gilt für diesen Bereich genauso, denn ich glaube, man kommt einfach nicht mehr weiter, wenn man nur nach heroischem Widerstand und Verfolgung fragt, sondern man muß auch all die anderen Bereiche des Lebens im allgemeinen und des Lebens von einzelnen mit bedenken, wenn man wirklich ein differenziertes Bild dieser Zeit haben will. Ich glaube, nur das kann unser Anliegen als Wissenschaftler sein. Die sich daraus ergebenden politischen Fragen bzw. die politische Umsetzung sind etwas anderes. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Frau Wrede-Bouvier.- Ich erteile jetzt Herrn Dr. Günter Buchstab für die Konrad-Adenauer-Stiftung das Wort.

**Dr. Günter Buchstab (Konrad-Adenauer-Stiftung):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vorzustellen habe ich Ihnen drei Projekte, die bei uns laufen. Weiter habe ich vor, aus gegebenem Anlaß noch einige Sätze über die Quellengrundlagen zu sagen.

Diese drei Projekte betreffen einmal die historische Aufarbeitung der Phase bis etwa 1950. Zweitens geht es um ein Projekt, das sich mit dem Widerstand der

CDU befaßt. Ein drittes Projekt beschäftigt sich mit den Schulungsmaßnahmen in der CDU innerhalb des SED-Regimes.

In der Geschichte der Ost-CDU kann man grob drei Phasen unterscheiden – erstens die Gründungsphase, zweitens die Gleichschaltungsphase und drittens die Phase der Kaderpartei.

Erstens: Die Gründungs – und – soweit man dies überhaupt so bezeichnen kann – die Konsolidierungsphase reichte von 1945 bis Ende 1947, in der die Vorstände unter Hermes/Schreiber und Kaiser/Lemmer dem Anpassungsdruck von Sowjets (SMA) und Kommunisten (SED) so lange widerstanden, bis sie schließlich abgesetzt wurden. In dieser Phase versuchte die CDU eine eigenständige Politik zu betreiben im Rahmen der von der Besatzungsmacht bestimmten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Politik war christlich-solidarisch geprägt, zielte auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse und strebte die Einheit Deutschlands auf neutraler Grundlage an. Charakteristisch war auch die ständige Auseinandersetzung mit der KPD/SED wegen ihres Führungsanspruchs.

Vergebens hatte sich Hermes schon bei der Gründung gegen die Einbindung in die Einheitsfront des Blocks gewehrt und die Sitzungen von Ende September bis Mitte Oktober 1945 boykottiert. Auch der konzessionsbereitere Kaiser gelangte spätestens im Frühjahr 1946 zu der Überzeugung, daß die Blockzusammenarbeit der Parteien nur eine für die Öffentlichkeit inszenierte Täuschung war und die Einheitsfront am besten abgeschafft würde. So äußerte er sich jedenfalls gegenüber der britischen Militärregierung. Er wagte es aber nicht, offen die Initiative zum Bruch zu ergreifen, weil er drastische Vergeltungsmaßnahmen der SMA gegen die CDU und ihre Mitglieder befürchtete. Da weder der Austritt aus dem Block noch die Umsetzung eigener politischer Vorstellungen, z. B. bei der Bodenreform, bei der Verstaatlichung der Betriebe oder bei den Wahlordnungen für die Gemeindewahlen, möglich war, war die CDU schon kurz nach ihrer Gründung als politische Partei in gewisser Weise paralysiert.

Sie hatte ohne eigene Gestaltungsmöglichkeit die Beschlüsse der Einheitsfront mitzutragen und legitimierte somit deren Maßnahmen durch Beteiligung und Zustimmung – wenigstens nach außen. Immerhin setzte die Transformation der CDU zu einer die Vorherrschaft der SED anerkennenden Blockpartei aber erst massiv nach der Absetzung von Kaiser und Lemmer ein. Vorarbeiten für die Erforschung dieser Jahre liegen vor. Doch sind aufgrund der vielen regionalen und lokalen Quellen, die jetzt zugänglich werden, noch zahlreiche Detailstudien notwendig.

Zweitens: Die Gleichschaltungsphase deutete sich schon in massiven Behinderungen bei den Wahlen 1946 an. So wurden Plakatkleber der CDU niedergeschlagen, ohne daß die Polizei tätig wurde – z. B. in Eisleben –, CDU-Plakate wurden abgerissen oder mit SED-Plakaten überklebt. Sie äußerte

sich in Einschüchterungen bis hin zu Drohungen. So wurde eine ganze Reihe von Ortsvorsitzenden und anderen Funktionären der CDU unter einem Vorwand verhaftet und ihnen dann, nach massiven Drohungen, Gelegenheit zur Wiedergutmachung des angeblichen Vergehens gegeben, indem man sie Verpflichtungen als NKWD-Spione unterschreiben ließ, die gegen ihre Parteifreunde gerichtet waren.

Die einzelnen Schritte und Maßnahmen zur Umfunktionierung der CDU in eine prokommunistische Kaderpartei ab 1948 hat Michael Richter in seinem Buch „Die Ost-CDU“ ausführlich dargelegt, so daß hier nur auf seine Zusammenfassung auf Seite 386 ff. verwiesen werden muß.

Im wesentlichen war der Prozeß der Gleichschaltung im Jahr 1950 mit der Vorlage der Meißener Thesen von 1951, spätestens aber mit dem Erfurter Parteitag im Jahr 1952 mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED abgeschlossen. Die Absetzung Hickmanns, des Landesvorsitzenden in Sachsen und zweiten Vorsitzenden der CDU, kurz nach der DDR-Gründung und die Zustimmung des Vorsitzenden Nuschke im Mai 1950 zu Einheitslisten bei Wahlen signalisierten, daß die CDU nun völlig in die kommunistische Diktatur eingebunden war. Alle Landesvorsitzenden, die nach der faktischen Absetzung Kaisers Ende 1947 den Koordinierungsausschuß gebildet hatten, waren bis auf Lobedanz entweder abgesetzt – so Hickmann und Trommsdorff –, im Zuchthaus gelandet – so Herwegen – oder auf mysteriöse Weise umgekommen – so Wolf. Selbst der CDU-Außenminister Dertinger, der als früherer Generalsekretär den prokommunistischen Kurs der CDU mitgetragen, wenn nicht sogar mitbestimmt hatte, wurde Opfer dieser Kampagne.

Drittens: Von Mitte 1950 an bestimmte die zentrale Riege prokommunistischer Funktionäre um Götting die CDU. Ihre Herrschaft kennzeichnet die dritte Phase der Ost-CDU, die Phase der „prokommunistischen zentralistischen Kaderpartei“. Während dieser fast 40jährigen Phase erwiesen sich die Führungsgremien der Ost-CDU als treue Erfüllungsgehilfen der SED, zumal sie meist mit ihrer Billigung eingesetzt waren. Wie sehr sie am Gängelband der SED hingen, werde ich nachher noch an einigen Beispielen verdeutlichen.

Die Aufgabe der CDU war es, christlich orientierte Bürger und die selbständigen Berufsgruppen – Handwerker, Einzelhändler und Unternehmer – an die SED-Politik heranzuführen, sie im Sinne des Staates ideologisch zu beeinflussen und an die sozialistische Gesellschaft zu binden. Durch die Bildung eines staatsbejahenden Fundaments sollten die Akzeptanz der DDR vergrößert und die Bürger zu einem zusätzlichen Engagement für den Aufbau des Sozialismus veranlaßt werden. Dies im einzelnen nachzuweisen, ist das Ziel eines weiteren Projekts mit dem Titel „Ideologische Erziehung und Kadenschulung in der Ost-CDU. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei 1945 bis 1989“.

Die Schulungsarbeit der Parteien und Massenorganisationen bildet einen Teilbereich der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit. Als System der

Erziehung von Mitgliedern und Funktionären war sie ein Kennzeichen stalinistischer Kaderorganisationen. Für die Blockparteien, die seit der Anerkennung der führenden Rolle der SED (1952) keinen eigenen politisch-programmatischen Anspruch vertreten konnten, war die Schulung der eigenen Mitglieder ein zentrales Feld ihrer Parteiarbeit. Die inhaltlichen Schwerpunkte können den Prozeß der geistigen Anpassung, aber auch die Behandlung CDU-spezifischer Schwerpunkte, unter anderem christliches Engagement im atheistischen Staat, dokumentieren.

Bei der Schulung ging es nicht nur um Wissenserwerb, sondern um die Prägung eines Weltbildes und das Engagement für den Sozialismus. Vom Erfolg der Schulung hing es ab, inwieweit die geforderte ideologische Einheitlichkeit in den eigenen Reihen hergestellt und der Auftrag zur Einwirkung auf die parteilosen Bevölkerungsschichten erfüllt werden konnte.

Diese innerparteilichen Strukturen gehörten zur Tradition kommunistischer Parteien und waren insoweit in der SED selbstverständlich. In der CDU, die nach der Absetzung Jakob Kaisers schrittweise und gegen den Widerstand zahlreicher Mitglieder zu einem Instrument der kommunistischen Politik umgeformt wurde, mußte die Schulung erst mühsam durchgesetzt werden. Die langjährigen Schwierigkeiten, ein Schulungssystem nach dem Vorbild der SED einzuführen, bestätigten das Urteil der SED, die bis weit in die sechziger Jahre die Mehrheit der CDU-Mitglieder als politisch unzuverlässig einschätzte. Arbeitete die Parteiführung um Götting seit den frühen fünfziger Jahren im Sinne der SED, so reagierte die Basis häufig mit Passivität und Verweigerung.

Das genannte Projekt behandelt das System der Parteischulung in seiner inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung. Das Thema liegt an einer Schnittstelle der Aktivitäten von Parteiführung und Mitgliedschaft und ist deshalb im besonderen Maße geeignet, die Strategien der Einflußnahme von oben ebenso wie die Reaktionen der Basis darzustellen und so eine Situationsbeschreibung der CDU und ihrer Rolle im politischen System der DDR zu versuchen. Die Studie kann also auch einen Beitrag leisten zum besseren Verständnis des Lebens in einer totalitären Diktatur.

Daß die Erfolge des Versuchs einer geistigen Formierung in den ersten Jahren nicht berauschend waren, zeigen die vielen Beispiele von Widerstand, der über den 17. Juni 1953 hinaus bis weit in die sechziger Jahre hinein nachweisbar ist und der zum Teil nur durch massivsten Druck gebrochen werden konnte.

In den späteren Jahren wurden flexiblere Methoden angewandt; direkter Terror wurde durch verstärkte Indoktrination, Überwachung, Bespitzelung und Manipulation ersetzt. Zahlreiche CDU-Mitglieder flohen angesichts des Gleichschaltungsdrucks in den Westen. Dies war auch eine Form des Widerstands und des Protestes. Eine Liste aus dem Jahre 1966 führt allein für die erste Hälfte der fünfziger Jahre gut 100 geflohene CDU-Funktionäre nur auf der Ebene

des Hauptvorstands sowie auf der Ebene der Bezirks- und Kreisvorstände an (ACDP VII-012–3442). Große Teile der CDU-Mitglieder und auch der Kreissekretäre standen dem „Aufbau des Sozialismus“ kritisch gegenüber und traten aus der Partei aus oder verließen die DDR. Von Mitte der fünfziger Jahre bis Anfang 1961 gab es ca. 2.000 Republikflüchtlinge pro Jahr aus den Reihen der CDU (ACDP VII-013–813 und-1276).

Von Unterdrückung und Ohnmacht der CDU gegenüber der SMAD und der SED, aber auch von Protest und Widerstand gegen die SED und gegen die eigene Parteiführung künden bereits die Schauprozesse gegen CDU-Mitglieder 1946/47 in Brandenburg (ACDP III-033–134), Austritte großen Ausmaßes von andersdenkenden CDU-Mitgliedern, etwa in den sächsischen Kreisverbänden Görlitz, Großenhain, Grimma und Wurzen 1950/51 (ACDP III-035–024), Akten über Parteiausschlußverfahren und Aberkennung des Volkskammermandats von politisch mißliebigen CDU-Mitgliedern 1951 (ACDP VII-012–1813) oder – ein charakteristischer Einzelfall – der erzwungene Rücktritt des CDU-Landrats Heinrich Gerlich aus Ostprienitz auf Druck der SED im Jahre 1951 (ACDP VII-012–998). Im Februar 1982 wurde ein CDU-Mitglied, Redakteur und Leiter der Abteilung Wissenschaft/Technik beim CDU-Verlag „Union“, entlassen, weil er sich zur polnischen „Solidarnosc“ positiv geäußert hatte und zu einem schriftlichen Widerruf nicht bereit war (ACDP VII-012–3465).

Mit dem Widerstand von CDU-Mitgliedern befaßt sich folgerichtig ein weiteres Projekt „Christliche Demokraten als politische Häftlinge in der SBZ/DDR 1945 bis 1961“. Die Dokumentation soll anhand exemplarischer Fälle in Kurzbiographien Lebensschicksale ehemaliger CDU-Anhänger in der SBZ/DDR aufzeigen. Sie ist dazu gedacht, die Namen der Opfer der Vergessenheit zu entreißen und die Erinnerung an das Unrechtssystem wachzuhalten. Die Publikation verstehen wir auch als eine immaterielle Anerkennung für das demokratische Engagement der Opfer unter den Bedingungen der Diktatur.

Unsere Dokumentation erfaßt ca. 1.000 bis 1.500 Kurzbiographien und ist aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Quellen beschränkt auf den Zeitraum 1945 bis 1961 und auf CDU-Mitglieder. Es wird zwar nur ein Bruchteil aller Inhaftierten erfaßt, trotzdem wird damit die Masse politisch begründeten Verhaftungen in der SBZ/DDR, das heißt die Willkürjustiz, die Unverhältnismaßigkeit von tatsächlichem Vergehen, Urteil und Straßmaß veranschaulicht.

Die Beispiele machen sowohl das parteipolitische Engagement der Mitglieder für die echte CDU, die „Kaiser-CDU“, als auch den geringen Handlungsspielraum der Opposition deutlich. Anhänger der CDU, die sich gegen die Anpassung und Gleichschaltung ihrer Partei an die SED-Linie wehrten, wurden verfolgt. Die vorgesehene statistische Auswertung wird Formen und Tatbestände politischer Verfolgung analysieren – nach Alter und Geschlecht, nach dem Zeitpunkt der Verhaftungen, nach Widerstandshandlungen, z. B. parteipol-

litische Tätigkeit, Westkontakte, nach Urteil, Strafmaß und nach Haftanstalten. Die Dokumentation wird auf der Basis einer Kartei des Deutschlandbüros der Exil-CDU erstellt; außerdem werden andere Akten im ACDP herangezogen. Soweit möglich, werden die Akten anhand von Häftlingskarteien in anderen Archiven überprüft.

In der Vorbereitungsphase dieses Projektes haben bereits zwei Tagungen mit ehemaligen politischen Häftlingen stattgefunden. Diese Zeitzeugen haben die Veröffentlichung ihrer Kurzbiographie fast ausnahmslos befürwortet. Gestatten Sie, daß ich anhand von einigen Beispielen die Zielsetzung unserer Veröffentlichung veranschauliche.

Zunächst ein kurzer Blick auf die offizielle Seite der Ost-CDU, die von der Funktionärebene um Götting repräsentiert wurde. Schon im Vorfeld des Erfurter Parteitages von 1952 machte er klar, daß die Ost-CDU nicht mehr die Partei von Hermes und Kaiser war. In einem Bericht eines später in den Westen geflohenen CDU-Funktionärs (ACDP III-013-694) wird Götting zitiert: „Es reden nur die, die wir bestimmen, und sie reden nur das, was wir bestimmen.“ Alle Sicherheitsmaßnahmen würden in Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit getroffen, so daß keine Panne eintreten könne. Jeder offizielle Beitrag und jeder Diskussionsbeitrag müsse vorher von der Parteileitung genehmigt sein und zudem in Karlshorst, dem Sitz der SMAD, so rechtzeitig vorliegen, daß Einwände von dort gegebenenfalls berücksichtigt werden könnten.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen konnte Götting nicht verhindern, daß bei dem Parteitag die starke ideologische Heterogenität innerhalb der Partei erkennbar wurde. Mindestens die Hälfte der Delegierten – so Götting erzürnt – habe am Rande des Parteitags „skandalös westlich“ diskutiert, gegen die eigene Partei gehetzt und die Sowjetunion verunglimpft. Als Dertinger in seiner Rede gesagt habe, das Grundübel der Zeit sei „der Abfall von Gott“, habe eine solcher Beifall und Jubel eingesetzt, daß es nur peinlich gewesen sei, zumal jeder gewußt habe, gegen wen sich dieser Jubel richtete. Er, Götting, werde jetzt zusammen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der Partei aufräumen.

Ein eigener Ermessensspielraum blieb der Ost-CDU kaum. Die Ohnmacht und Abhängigkeit der CDU von Weisungen der SED läßt sich durch ein charakteristisches Quellenbeispiel – eines von vielen – veranschaulichen: Im Oktober 1988 bittet der Chefredakteur der „Kommunalpolitischen Blätter“, der auflagenstärksten kommunalpolitischen Fachzeitschrift in der Bundesrepublik, Herrn Götting um ein Interview, bei dem es um das Thema „Bürgerliche Parteien in der DDR“ gehen soll. Götting ist sich bewußt, daß es sich „um eine prinzipielle Frage in der vertrauensvollen Zusammenarbeit der befreundeten Parteien mit der SED handelt.“ Deshalb bittet er zunächst Honecker „um einen freundschaftlichen Rat, wie hier verfahren werden soll.“ Erst als Honecker



sein berühmtes „Einverstanden! E.H.“ auf Göttings Anfrage gesetzt und ihm zugleich noch einige Weisungen an den Rand geschrieben hat, sagt dieser das Interview zu.

Auf welche Archivalien stützen sich nun die genannten Projekte in der Hauptsache? In erster Linie auf das ehemalige „Zentrale Parteiarchiv“ der Ost-CDU, das seit Beginn der fünfziger Jahre in der Parteizentrale in Ost-Berlin aufgebaut wurde. Erste Erschließungsarbeiten erfolgten seit 1958. Von Dezember 1990 bis März 1991 wurde das Archiv in mehreren Etappen vom „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommen.

Der Bestand umfaßt ca. 375 laufende Meter, davon ist derzeit gut die Hälfte durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen. Er enthält die Sitzungsprotokolle, Rundschreiben und Arbeitsunterlagen der leitenden Parteigremien – Hauptvorstand, Präsidium des Hauptvorstandes, Sekretariat des Hauptvorstandes –, Protokolle von Parteitag sowie von Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen, Informationsberichte und Statistiken aus Bezirken und Kreisen an die Zentrale, Unterlagen zu Vorsitzenden, Generalsekretären und Hauptvorstandsmitgliedern sowie zur Fraktionsarbeit der Partei in der Volkskammer. Umfänglich dokumentiert sind Finanz- und Personalwesen der Partei sowie die Bereiche Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Ausland und innerdeutsche Kontakte, übrige Parteien und Massenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Frauen, Jugend und Sport sowie Kirchenfragen.

Außer dem Zentralen Parteiarchiv wurde auch das Material der Bezirks- und Kreisverbände der Ost-CDU und das der „Zentralen Schulungsstätte“ der Partei in Burgscheidungen vom ACDP übernommen. Bei den 15 Bezirken macht das ca. 600 laufende Meter aus, bei den Kreisen – von den ehemals 214 wurden bislang ca. 160 übernommen – ebenfalls ca. 600 laufende Meter. Es deckt insgesamt die Jahre 1945 bzw. 1952 bis 1990 ab, ist aber in den einzelnen Kreisen und Bezirken in sehr unterschiedlicher Dichte und Qualität erhalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Finanzen, allgemeine Statistik, Mitgliederbewegung, Informationsberichte, Protokolle von Sitzungen der Verbandsgremien, Schriftverkehr, Kaderpolitik, Wahlen, Schulung und Kontakte zu den Kirchen. Das Burgscheidunger Material – ca. 50 laufende Meter einschließlich Karteien und Tonträgern – dokumentiert Entstehung, Einrichtung und Verwaltung der Schulungsstätte und ihrer Vorläufer (1948 bis 1990) und enthält hauptsächlich Unterlagen zu den Lehrgängen und ihren Teilnehmern.

Die genannten Materialien, zuzüglich derer der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), machen insgesamt etwa 2.000 laufende Meter aus. Knapp 150 Benutzer haben sich bislang für diese Parteiakten interessiert. Gut

die Hälfte davon hat zu wissenschaftlichen oder sonstigen Forschungszwecken unmittelbar daran gearbeitet.

Die Akten zeigen ausschließlich das parteiinterne Leben. Da die zu den Akten gehörigen Bücher und Zeitschriften vom ACDP übernommen wurden, hat auch unsere Bibliothek einen Zuwachs von ca. 20.000 Einheiten an Büchern und Broschüren zu verzeichnen. Auch alle Zeitungen und Zeitschriften der Ost-CDU sind seit 1945 nahezu vollständig in unserer Bibliothek zu erhalten. Zusammen mit den Nachlässen und Nachlaßsplintern derer, die in den Westen gegangen sind, den Akten der Exil-CDU sowie den Tonbandmitschnitten von Zeitzeugenbefragungen bieten sich also hervorragende Arbeitsmöglichkeiten, die bereits intensiv genutzt werden.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich bitte darum, mir bis zur nächsten Sitzung der Enquete-Kommission das Götting-Zitat zukommen zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß das manche Arbeit erleichtert.

Nun bitte ich Herrn Dr. Jürgen Frölich für die Friedrich-Nauman-Stiftung um Stellungnahme. Ich selbst muß mich verabschieden und übergebe der Stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Margot von Renesse, den Vorsitz.

**Dr. Jürgen Frölich (Friedrich-Naumann-Stiftung):** Vorab eine kurze Bemerkung zum Referat von Herrn Prof. Fischer, dem ich danke, daß er auf die LDP eingegangen ist. Sie merken schon, ich lege Wert darauf, daß anders als bei der CDU es bei uns eine große Rolle gespielt hat, daß das Parteikürzel zunächst LDP war und die Partei LDPD erst seit 1951 oder 1952 – genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Partei gleichgeschaltet worden ist – geheißen hat. Insofern unterscheiden wir zwischen LDP und LDPD. Deshalb heißt es Forschungen zur LDP(D).

Die Geschichte der Partei ist als Arbeitsbereich innerhalb der Friedrich-Naumann-Stiftung thematisch und organisatorisch beim Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach angesiedelt. Das trifft sowohl auf die archivalischen Hinterlassenschaften als auch auf die wissenschaftliche Aufarbeitung ihrer Geschichte zu. Über beides werde ich kurz berichten.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht derzeit ein Forschungsprojekt unter dem Titel „Liberale unter kommunistischer Herrschaft – die Geschichte der LDP 1945 bis 1952“. Sie werden sofort sagen, daß dieser Arbeitstitel etwas schwammig ist. Das möchte ich erklären. Dazu ist ein Rückblick auf die Entstehung des Forschungsprojekts nötig.

Den Ausgangspunkt bildete eine Bemerkung von Wolfgang Leonhard, die er Ende 1988 bei einem Treffen des LDP-Bundesbeirates gemacht hat. Der LDP-Bundesbeirat – inzwischen aufgelöst – war damals ein Zusammenschluß von ehemaligen LDP-Mitgliedern, die im Westen lebten. Wichtig ist dabei das Datum 1988, es weist darauf hin, daß die Ursprünge noch vor der großen dramatischen Wende in Deutschland und in Osteuropa gelegen

haben. Leonhard hat 1988 dazu aufgerufen, die Erlebnisse und Erinnerungen von liberalen Zeitzeugen während der Entstehungsphase der DDR festzuhalten und der Forschung zugänglich zu machen. Er dachte dabei natürlich an die im Westen lebenden ehemaligen Liberaldemokraten. Der Gedanke ist 1989 von der Friedrich-Naumann-Stiftung aufgegriffen worden. Im Sommer 1989 haben wir eine Konzeption für ein Forschungsprojekt vorgelegt, bei dem via Befragung von liberalen Zeitzeugen neue Erkenntnisse über die Politik und die Rolle der LDP in den Jahren 1945 bis 1952 gewonnen werden sollten.

1952 ist aus unserer Sicht ein Einschnitt, weil damals die politische Eigenständigkeit der LDP aufgrund mehrerer Faktoren – ich erinnere an die Zerschlagung der Landesverbände, an das Bekenntnis der Parteiführung, am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten, und an die Verhaftung eines der beiden Parteivorsitzenden, Karl Hamann, Ende 1952 – am Ende war. Ansprechpartner für dieses Projekt war zunächst der LDP-Bundesbeirat. Dieser konnte schnell gewonnen werden. Andererseits mußten wir uns auch sehr schnell nach einer Förderung durch öffentliche Mittel umsehen. Ansprechpartner war für uns das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das damals noch existierte. Die Verhandlungen haben sich über längere Zeit hingezogen. Immerhin haben wir es noch geschafft, im Sommer 1990 eine Vorstudie finanziert zu bekommen, obwohl schon absehbar war, daß die Existenz dieses Ministeriums nicht auf Dauer sein würde.

Die Vorstudie hatte zwei Ziele. Zum einen sollten, da ja nun der Zugang zur DDR wesentlich einfacher war, neue Zeitzeugen gewonnen werden. Wir haben durch mehrere öffentliche Aufrufe immerhin 180 Liberaldemokraten der ersten Stunde, also aus der Zeit vor 1952, ausfindig machen können. Diese alle sind von uns mittels Fragebogen zumindest nach ihren persönlichen Daten und ihren politischen Aktivitäten befragt worden. Immerhin haben wir 120 Fragebögen zurückerhalten, die wir ausgewertet haben. In dieser Zeit haben wir Hinweise auf 100 weitere Zeitzeugen bekommen.

Die zweite Aufgabe dieser Vorstudie bestand darin, die neue Quellenlage zu sondieren. Für uns war das Ziel das Zentrale Parteiarchiv der LDPD. Das lagerte damals noch im Hauptquartier der Partei. Dieses Parteiarchiv, eingerichtet 1960, hat sich als zumindest einigermaßen erschlossen und für die Forschung zugänglich erwiesen. Es war seit 1960 permanent gepflegt und betreut worden. Das trifft beispielsweise auf die NDPD und deren Hinterlassenschaften nicht zu.

Nach der Sondierung der Quellen war klar, daß sich das Forschungsprojekt in seinem Charakter würde völlig ändern müssen. Leider hat es eineinhalb Jahre gedauert – bis zum Sommer dieses Jahres –, bis wir aufgrund einer Förderung durch das Bundesinnenministerium damit weiterfahren konnten.

Unser Ziel beim Forschungsprojekt ist geblieben: Es geht darum, das Wissen über die Geschichte der LDP in den ersten Jahren um die Geschichte ihrer

inneren Strukturen zu erweitern. Im Rahmen einer reinen Zeitzeugenbefragung hätte sich das vor allem auf die persönlichen Motive von Parteimitgliedern und deren Perzeption der Zeitereignisse bezogen. Nun, durch die doch sehr dichten archivalischen Quellen können wir viel weiter gehen und auch viel mehr auf den Kern der Parteiarbeit kommen. Als roter Faden zieht sich durch die Untersuchung die Herausarbeitung des Spannungsverhältnisses, in dem die LPD-Führung zwischen dem Machtanspruch und dem repressiven Druck der SMAD und der SED einerseits und dem Drängen der eigenen Parteibasis andererseits stand.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt beim Forschungsprojekt war das Zusammen- bzw. das teilweise Gegeneinanderwirken von Parteiführung und Landesverbänden. Wir hoffen, am Ende eine Studie vorlegen zu können, die zu wesentlichen Aspekten des liberaldemokratischen Selbstverständnisses, zur innerparteilichen Willensbildung und zur Strategie der LDPD fundiertere und differenziertere Aussagen präsentieren kann als bisher.

Ein Aspekt, der nebenbei noch eine Rolle spielt, obwohl er am Anfang im Mittelpunkt stand, ist die Zeitzeugenbefragung. Aufgrund der Vorrangigkeit, erst die Archivquellen, nämlich die Parteivorstandsakten zu analysieren, hat die Zeitzeugenbefragung inzwischen bedauerlicherweise, aber zwangsläufig etwas an Relevanz verloren. Sie wird nur noch komplementär zum Aktenstudium sein. Immerhin, und das ist für die weitere Forschung nicht ganz unwichtig, werden wir die bisherigen Daten über die Zeitzeugen zu einer Zeitzeugendatenbank aufarbeiten, die neben den Anschriften von Zeitzeugen auch das in den Fragebögen erhobene Datenmaterial umfaßt und von uns gerne für die weitere Forschung zur Verfügung gestellt wird.

Zu erwartende Ergebnisse lassen sich beim heutigen Stand der Dinge, nach drei Monaten intensiver Arbeit, nur sehr schwer voraussagen. Immerhin zeichnet sich einiges ab. Beispielsweise wird man die Forschung im Hinblick auf die Einschätzung der Absetzung des ersten LDP-Vorsitzenden, Waldemar Koch, korrigieren müssen. In der Forschung war das bislang als eine Lappalie dargestellt worden. Heute wird man darin eine direkte Maßnahme der SMAD sehen müssen, die versuchte, eine ausgeprägt marktwirtschaftliche Orientierung der Liberaldemokratischen Partei von vornherein zu unterbinden oder zumindest einzuschränken.

In Frage gestellt werden muß auch der Topos in der Forschung vom „uneingeschränkten“ Parteiführer Wilhelm Külz. Zumindest seit Mitte 1947 hat es innerparteilich erhebliche Kritik an seinem doch gegenüber der SED und der SMAD sehr zurückhaltenden Kurs gegeben. Deutlicher werden sicher auch im Laufe des Forschungsprojekts die repressiven Maßnahmen gegen LPD-Mitglieder, die nicht auf Linie lagen, oder die Versuche, positive Haltungen zum neuen Kurs in der SBZ/DDR mittels „politischer Landschaftspflege“, die es auch damals schon gegeben hat, herzustellen. Insgesamt hoffen

wir natürlich, daß das Bild von der Partei komplexer, facettenreicher und differenzierter wird.

Neben dem Projekt gibt es schon aufgrund der knappen Ressourcen, die die Stiftung in dieser Hinsicht hat, nur noch wenige Forschungsaktivitäten. Immerhin ist deutlich geworden, daß die Beschäftigung mit der LPD nicht erst mit der Wende eingesetzt hat. Es gab auch schon früher Aktivitäten. So ist das Buch von Theo Rütten über die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Liberalen in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1955 in der Schriftenreihe der Stiftung erschienen. Auch haben Mitarbeiter der Stiftung entscheidend an der Veröffentlichung des Potsdamer Tagebuchs von Wolfgang Schollwer von 1945 bis 1950 mitgewirkt.

Neben diesen Forschungsprojekten laufen zur Zeit nur einige kürzere Studien und Untersuchungen, die sich meist auf einen späteren Zeitpunkt beziehen als den hier interessierenden, also vor allem auf die fünfziger und sechziger Jahre. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein großer Aufsatz von Siegfried Suckut über die Kontakte zwischen der LDPD und der F.D.P. im Jahre 1956, der noch vor Jahresende im Jahrbuch für Liberalismusforschung Nr. 4/92 erscheinen wird. Ich selbst habe mich mit der Einstellung und den Reaktionen der Parteibasis auf die Ereignisse von 1961 bzw. zwischen 1968 und 1972 beschäftigt.

Vorgesehen sind Akteneditionen, vor allem der Akten des Parteivorstandes in der Zeit zwischen 1945 und 1952. Nächstes Jahr wird auch ein Kolloquium mit Zeitzeugen in der Theodor-Heuss-Akademie stattfinden.

In diesem Zusammenhang soll auch noch erwähnt werden, daß die Friedrich-Naumann-Stiftung im Rahmen ihrer Begabtenförderung jährlich eine Reihe von Stipendien, in diesem Falle Dissertationsstipendien, für Arbeiten zur Aufarbeitung der liberalen Tradition in den neuen Bundesländern reserviert hat, worunter natürlich in erster Linie Arbeiten zur LPD/LDPD fallen.

Abschließend möchte ich kurz noch etwas zur archivalischen Aufarbeitung der LPD sagen. Der Aktenbestand des Parteiarchivs der LDPD ist im April 1991 in das Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach übergesiedelt. Es wird nun von der Friedrich-Naumann-Stiftung verwaltet und betreut. Die bisherigen Maßnahmen haben sich vor allem auf die Bestandssicherung bezogen. Der Bestand umfaßt immerhin insgesamt 600 laufende Meter und wird von einem einzigen Archivar des gehobenen Dienstes betreut.

Die für die wissenschaftliche Nutzung wichtigsten Maßnahmen waren bis jetzt die Erstellung einer Grobübersicht mit über 630 Seiten über den Bestand sowie ein detailliertes Findbuch über die Akten der Parteileitung. Des weiteren konnten dezentral gelagerte LDPD-Akten im Umfang von etwa 80 laufenden Metern archiviert werden. Dabei handelt es sich vornehmlich um Materialien aus Bezirksverbänden in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die nur zum Teil in die Frühzeit der Parteigeschichte zurückreichen.

Gewissermaßen komplementär zum Bestand der LDPD, obwohl ihm architektonisch nicht zugeordnet, sind die nun kürzlich übernommenen Akten des F.D.P.-Landesverbandes Berlin sowie der Nachlaß von Karl Hubert Schwennicke. Er war vor 1948 Vorsitzender des Landesverbandes der LDP in Berlin.

Von den Benutzern her gesehen erfreut sich der Bestand eines hohen Interesses. 1991 kamen auf ihn 69 Benutzungstage, in diesem Jahre bereits 100. Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, daß der Bestand uneingeschränkt, also von der Gründung der Partei im Juli 1945 bis zu ihrer juristischen Auflösung im August 1990 einsehbar ist. Wir bitten lediglich um vorherige telefonische oder schriftliche Anmeldung.

(Unterbrechung von 12.30 bis 12.50 Uhr)

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Ich bitte um Fragen und Wortmeldungen. Frau Dr. Wilms bitte.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Für mich war wichtig, daß in den Referaten die zentrale Rolle zunächst der KPD und dann der SED herausgestellt wurde. Ich sage das, weil in der aktuellen politischen Diskussion gelegentlich nur von bestimmten Einrichtungen wie dem MfS usw. die Rede ist und die führende Rolle der KPD/SED untergeht. Ich denke, das ist in den Referaten deutlich geworden, und das sollte von uns begrüßt werden.

Außerdem ist mir aufgefallen – und das ist sicher auch angesichts der historischen Unkenntnis, die allseits in Gesamtdeutschland herrscht, neu –, wie stark in den ersten Jahren die „Säuberungsmaßnahmen“ der KPD/SED in Verbindung mit der SMAD gewesen sind gegen die sogenannten bürgerlichen Parteien, aber auch gegen SPD-Mitglieder, die sich nicht gebeugt und die nicht mitgezogen haben. Ich glaube, daß das angesichts des Honecker-Prozesses wichtig ist zu betonen. Das soll jetzt nicht justitiabel werden, denn die Beurteilung von Ulbricht und Honecker kann sich nicht nur unter einigen unter heutigen Gesichtspunkten justitiablen und anklagbaren Punkten vollziehen. Ich denke, man muß deutlich machen, welche politische und moralische Schuld die Spitzenfunktionäre von Beginn an auf sich geladen haben. Auch insoweit waren die Referate von heute wichtig, und ich erhoffe mir eigentlich, daß das, was heute zum Teil nur angedeutet werden konnte, bei der Bearbeitung des Themenfeldes 1 noch einmal im Detail belegt wird.

Nun meine letzte Bemerkung: Ich fand die Schätze, die Herr Dr. Wilke ausgegraben hat, nämlich die Rede von Florin, geradezu „begeistert“. Man muß aber sagen, der Mann war sehr vorausblickend, und er hat die Lage gut eingeschätzt. Ich erlaube mir die politische Bemerkung: Die Politik von Adenauer war genau richtig.

**(Prof. Dr. Manfred Wilke:** Die von Schumacher aber auch!)

– Auch er hatte gelegentlich Zweifel, ob das alles richtig war. Angesichts

der jetzt bekanntgewordenen Akten kann gesagt werden, daß die Altvorderen durchaus eine richtige Politik betrieben haben.

**Sv. Dr. Bernd Faulenbach:** Ich möchte drei Fragen an die Referenten stellen, dabei aber gleichzeitig die Zeitzeugen ansprechen. Das Referat von Florin vom März 1944, das Dr. Manfred Wilke in seinem Referat angesprochen hat, ist sicher ein Fund. Mir stellt sich jedoch die Frage, ob wir aus der Folgezeit über das Referat Florins hinaus andere Materialien haben, die die Linie von Florin bestätigen. Gibt es andere Funde? Generell wird man sagen müssen, daß die KPD, die SED und auch die sowjetische Politik in der Folgezeit auch noch eine gesamtdeutsche Option besaßen. Sie war zwar vielleicht nicht so stark entwickelt, sie hätte jedoch, wenn sie zum Zuge gekommen wäre, zumindest bestimmte Modifikationen der Florinschen Strategie impliziert. Mich interessiert, ob es weitere Materialien gibt, die den Fund stützen, und wie es mit der Vereinbarkeit der Strategie mit der gesamtdeutschen Option steht.

In diesem Zusammenhang: Hat das Zitat von Florin den Hintergrund, daß die im Verhältnis zur Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern frühe Zwangsverschmelzung von KPD und SPD darauf hindeutet, daß zu diesem Zeitpunkt die sowjetische Politik die gesamtdeutsche Option aufgegeben hatte oder daß sie zumindest nur schwach entwickelt war?

Im Gesamtkontext der Untersuchungen und Überlegungen der Enquete-Kommission geht es nicht zuletzt um die Frage nach der Feststellung von Verantwortlichkeiten. Im Hinblick auf die Nachkriegsperiode stellt sich mir die Frage, wo die Entscheidungen gefallen sind: Bei der KPD, der SED, der sowjetischen Militärverwaltung oder in Moskau. Können wir bestimmte Aussagen über die Entscheidungsstrukturen dieser Zeit machen? Wie verschieben sich innerhalb dieses Vierecks die Gewichte im Laufe der Zeit? Das wäre im Hinblick auf die gesamte Fragestellung ein wesentlicher Aspekt.

Damit hängt eine andere Frage zusammen: Wenn das eine Strategie war, die von ganz wenigen Leuten verabredet worden ist, so heißt das umgekehrt, daß sehr viele Zeitgenossen sich unter den damaligen Bedingungen möglicherweise falsch verhalten mußten, weil sie die Strategie nicht kennen konnten. Die Frage nach der Einsehbarkeit der Strategie, die ich hiermit aufwerfen möchte, ist zur Beurteilung der Gesamtentwicklung der Nachkriegszeit von erheblicher Bedeutung.

Der dritte Punkt: Die Enquete-Kommission muß auch generelle Einschätzungen vornehmen. Beim Gleichschaltungsprozeß der bürgerlichen Parteien stellt sich die generelle Frage: Wie gewichtet man die Komponente Gleichschaltung von außen mit ihren verschiedenen Instrumentarien, die Komponente Selbstgleichschaltung und die Komponente Anpassung? Es wäre wichtig, von den Zeitzeugen zu hören, wie sie ihrerseits die Komponenten gewichten.

Meinen Sie, daß das alles von außen, von der SMA gekommen ist? Welche Rolle spielen die Kräfte, die eine Selbstgleichschaltung betrieben, welche Kalküle standen dahinter? Ging es nur noch um Überleben unter schwierigen Bedingungen? Herr Buchstab hat die Formulierung gebraucht, daß bereits 1948 die CDU zu einer prokommunistischen Kaderpartei geworden sei. War sie das denn wirklich im Selbstverständnis derjenigen, die damals CDU-Politik gemacht haben? Ist das nicht eine pointierte, zugespitzte Formulierung?

**Abg. Meckel (SPD):** Mich interessiert die Frage des Zusammenhangs von Ost und West, in der Parteienentwicklung sowie in der Frage der Kommunikation. Von Dieter Rieke ist beschrieben worden, wie er als einzelner das unmittelbar im Magdeburger und Hannoveraner Raum erlebt hat. Meine Frage an die Historiker lautet: Wie sind die Kommunikationen gelaufen? Hatte die SPD zum Beispiel in dem Jahr nach Kriegsende Gelegenheit, zu einer Partei zusammenzuwachsen, die programmatisch von unten wächst, aber auch eine gemeinsame Politik macht? Die gleiche Frage geht in Richtung CDU. Dort ging es ein wenig länger möglich.

Sie sprachen von der Programmatik. Ein Stichwort war die Bodenreform. Inwieweit taucht das Stichwort in der CDU in den westlichen Besetzungszonen auf? Soweit ich weiß, steht im Ahlener Programm der CDU der Begriff des Sozialismus. Wie läuft die programmatische Entwicklung in den ersten Monaten und Jahren in dem Kommunikationsgefüge von Ost und West, kann man bestimmte Dinge wie z. B. die Bodenreform nicht nur den Kommunisten und ihrer Ideologie geschuldet verstehen, sondern dem Geist der Nachkriegszeit? Aus diesem Grunde frage ich nach diesen Beziehungen.

**Abg. Weißgerber (SPD):** Als Vorbemerkung möchte ich zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Wilms sagen: erst Schumacher und dann Adenauer; denn immerhin hielt Schumacher die Fiktion bis zu seinem Tode aufrecht.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Rieke: Ich begeben mich zwar in Gefahr, ungerecht zu sein, möchte sie aber trotzdem stellen. Professor Dr. Fischer nannte die Möglichkeit der Bildung einer der Labour-Partei ähnlichen Partei in Deutschland. Wie realistisch wäre es gewesen, Sozialdemokraten mit Bürgerlichen in eine solche Partei einzubinden? Ich meine, auch analog 1989/90, wir hatten Probleme, mit einer Blockpartei in ein Boot zu gehen.

Eine weitere Frage an Herrn Rieke: Die paritätische Besetzung in SED-Gremien ist angesprochen worden. Hat es Mechanismen der Selektion gegeben? Welche Sozialdemokraten konnten welche Positionen in der SED einnehmen?

**Abg. Prof. Dr. Soell (SPD):** Wir haben Vorträge über die schwierige Anfangsphase gehört. Der Vorgang ist sehr kompliziert, insbesondere was die Haltung vieler Sozialdemokraten, die in den KZs und Zuchthäusern saßen, zur Zusammenarbeit mit der KPD betrifft. Ich denke an das Beispiel Fritz Erler, der 1938 vom Volksgerichtshof zu 10 Jahren Lagerhaft und Zuchthaus wegen



Hochverrats verurteilt worden ist. Er hat in den verschiedenen Lagern sehr intensiv mit Kommunisten zusammengearbeitet und war bei Kriegsende der Überzeugung – wie viele seiner Generation, er war Jahrgang 1913-, daß man eine gemeinsame Partei auf demokratisch-sozialistischer Grundlage aufbauen müsse. Gerade die Zusammenarbeit mit Kommunisten in den KZs hat viele Sozialdemokraten dazu gebracht, zuzustimmen, denn sie hatten wenig Ahnung von den Strategien, die in Moskau entwickelt wurden.

Es gibt eine Episode über die Berliner SPD, die ich in meiner Erler-Biographie noch nicht verwenden konnte: Erler war in Süddeutschland auf dem Marsch der KZ-Häftlinge entwichen und versuchte, sich nach Berlin durchzuschlagen, um wieder anzufangen. Er traf im August 1945 Ulbricht. Erler erzählte ihm frisch und frei seine Vorstellung einer engen Zusammenarbeit, in Richtung Einheitspartei, einer demokratisch-sozialistischen Partei. Ulbricht sagte: Das sei falsch, denn wenn die KPD und die SPD zusammengingen, bekämen die Bürgerlichen die Mehrheit bei den nächsten Wahlen.

Hebt man ab auf die Strategie, die ab September 1945 betrieben wurde, insbesondere nach der Rede Grotewohls, in der Kritik an der Bodenreform geübt wurde, und berücksichtigt man die Tatsache, daß die Kommunisten von der Papierzuteilung bis zu anderen Dingen die SPD zu dominieren versuchten, so wird die Reaktion der KPD auf diese Rede von vielen Historikern als ein Wendepunkt der Strategie der KPD gewertet. Die Tatsache, daß die SPD trotz ihr von der sowjetischen Militärverwaltung auferlegter Beschränkungen die mitgliederstärkste Partei mit den stärksten kommunalpolitischen Positionen, mit dem stärksten Ansehen war, weil sie nicht mit der sowjetischen Besatzungsmacht identifiziert wurde, hat Grotewohl dazu gebracht, Mitte September 1945 diese Rede zu halten.

Ich will mit solchen Hinweisen deutlich machen, daß auf seiten sowohl der jüngeren als auch der älteren Generation in der SPD unterschiedliche Einschätzungen da waren. Anfangs war bei der SPD der Wille sehr viel stärker, sich zu einer Partei mit der KPD zu verschmelzen – allerdings unter anderen Vorzeichen –, während die KPD von Anfang an darauf schaute, daß sie zunächst personalpolitisch wichtige Positionen besetzte, wie im Bereich der Polizei, des Erziehungswesens und in weiteren entscheidenden Eckpunkten ihrer Strategie der Machteroberung. Nach wie vor ist umstritten, wann die Strategie geändert wurde. War das, nachdem die Besetzung der Positionen vollzogen war, oder hatte es bestimmte auslösende Reaktionen in Moskau gegeben? Es war wenige Wochen nach der Potsdamer Konferenz, deshalb muß wahrscheinlich auch die Außenministerkonferenz im September berücksichtigt werden. Dieser Komplex ist meiner Meinung nach noch nicht zureichend untersucht worden, um den Ausgangspunkt zu finden, ab dem die KPD eine andere Strategie verfolgte. Gerade aus der Unterhaltung Erlers mit Ulbricht geht hervor, daß es damals noch unterschiedliche Einschätzungen gegeben hat. In den Westzonen

wäre es tatsächlich so gewesen, daß ein Zusammengehen von SPD und KPD den anderen Parteien die Mehrheitsfähigkeit zugeschoben hätte.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte an den Redebeitrag von Herrn Dr. Faulenbach anknüpfen. Er hat sehr plastisch dargestellt, wie bestimmte Prozesse von oben in Gang gesetzt wurden. Allerdings taucht die Frage auf, wie die Bevölkerung, „die breiten Massen“ auf die Konzepte reagiert haben, ob die Reaktion der Bevölkerung in diesem Kontext überhaupt eine Rolle gespielt hat.

Zunächst meine Frage: Hat es bestimmte günstige Voraussetzungen gegeben, in diesem Moment eine solche Strategie durchzusetzen, bestimmte Gegebenheiten auszunützen, daß bestimmte Teile der deutschen Bevölkerung am Ende des Krieges durchaus nach einer Alternative gesucht und diese Alternative nicht nur in der deutlich nach Westen ausgerichteten Entwicklung in den Westzonen gesehen haben, sondern daß eventuell die SED bzw. die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrer Strategie auch gewisse Erwartungen befriedigt und bestimmte Erwartungen ausgenutzt hat? Ich bin der Meinung – und meine das auch in Archiven schon festgestellt zu haben –, daß diese stringente Einflußnahme von oben dagewesen ist. Wichtig wäre zu wissen, woran man anknüpfen konnte – im nationalen und im internationalen Rahmen.

Herr Professor Dr. Fischer, wie erklären Sie sich beispielsweise den Wechsel der Strategie, daß man erst nicht der Meinung war, daß Blockparteien oder überhaupt Parteien gegründet werden müßten, und dann plötzlich – 1945 – dieser Umschwung kommt und man durchsetzte, daß Parteien gegründet wurden? Mich interessiert, ob Sie Material darüber haben, wieso die Strategie umschlug.

Der zweite Problemkreis betrifft die Blockparteien. Ich glaube auch, daß von der CDU als einer Kaderpartei im Jahre 1948 durchaus nicht die Rede sein kann. Ich kann das indirekt nur aus dem Verständnis des SED-Archivs referieren. Danach gibt es immer eine klare Unterscheidung zwischen Basis und Führung. In der Phase bis in die fünfziger Jahre hinein hatte die Basis oft andere Meinungen als die Führung vertreten. Am deutlichsten wird das am 17. Juni 1953, als die Basis gegen die Führung rebellierte. Aus den Akten des MfS wird deutlich, daß am 17. Juni die Bezirksvorsitzenden der CDU getagt und geschlossen die Absetzung des CDU-Vorstandes gefordert haben. Hier muß noch weiter geforscht werden. Die Erklärung, daß das alles in eine Richtung lief, ist zu einfach. Zumindest bei breiten Teilen der Bevölkerung gab es unterschiedliche Vorstellungen, was noch durchsetzbar war. Das zeigt sich beispielsweise auch in der breiten Fluchtwelle, die seit 1950 eingesetzt hatte. Meiner Meinung hat das damit zu tun, daß bestimmte andere politische Vorstellungen von der SED enttäuscht wurden, die Leute gesehen haben, wo das hinführt, und das Land verlassen haben. Ich bin der Meinung, daß bis 1950 die Bevölkerung die Entwicklung noch offen gesehen hat.

**Abg. Dr. Keller (PDS/Linke Liste):** Zunächst möchte ich meine Betroffenheit zu Ihrer persönlichen Geschichte, Herr Rieke, ausdrücken. Ich möchte eine Frage zu Ihren Ausführungen zur Zwangsvereinigung an Sie richten. Ich weiß, daß alle betroffenen Besatzungsmächte, nicht nur die Sowjetunion, versucht haben, ihre politischen Konzeptionen durchzusetzen. Sie sagen zu Recht: Die SPD war die zahlenmäßig stärkere Partei gegenüber der KPD. Es hat Kreis- und Landeskonferenzen gegeben. Was schätzen Sie aus Ihrer Sicht – was Sie für Sachsen-Anhalt überblicken konnten –, wie hoch der Anteil derjenigen war, die in der Sozialdemokratie aus ehrlicher Überzeugung, weil sie einen Weg für einen Neubeginn sahen, eine Vereinigung wollten, wie hoch der Anteil der Unschlüssigen und Unsicheren war und wie groß der Anteil derjenigen gewesen ist, die dagegen gewesen sind?

**Abg. Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU):** Mich haben die Vorträge alle, insbesondere die Einzelschicksale, sehr beeindruckt. Ich gehe davon aus, daß wir bei der Weiterverfolgung des Themas Blockparteien den Unterschied zwischen der Führung und der Basis vertieft untersuchen werden; das waren in der Tat unterschiedliche Stellungen.

Meine Frage richtet sich an Professor Dr. Fischer: Wie beurteilen Sie die Tatsache, auf die ich anlässlich unseres Besuches in Waldheim gestoßen bin, nämlich daß Anfang der fünfziger Jahre, als in der DDR-Regierung erstmalig eine Abstimmung zu den Urteilen von Waldheim stattfand, die CDU mit Nein, die SED und die anderen Gruppen natürlich mit Ja gestimmt und die Liberalen sich der Stimme enthalten haben?

**Abg. Dehnel (CDU/CSU):** Nach ihrer Gründung sind die Blockparteien unter Druck geraten. Wie sah in Westdeutschland die Hilfe für diese bedrängten Menschen aus?

**Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU):** Ich habe zunächst eine kurze Frage an Herrn Professor Dr. Wilke. In den Entwürfen von Florin steht sinngemäß: „Wenn wir dem Drängen von Kriegsgefangenen nachgeben und ein sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen würden ...“. Wußte er schon, wie das sozialistische Programm aussehen sollte? Weiß man darüber Genaueres?

Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Hermann Weber. Sie haben von Stalinismus als gesellschaftspolitisches System gesprochen. Ist damit die Entwicklung vom reinem Marxismus über Marxismus-Leninismus zum Stalinismus gemeint? Wie hat man sich diese Entwicklung vorzustellen? Muß man als gesellschaftspolitisches System nicht vor allen Dingen den (reinen) Marxismus verstehen? Ich bitte Sie, etwas genauer zu erläutern, wie sich die drei Begriffe zueinander verhalten

**Abg. Hansen (F.D.P.):** Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Fischer. Warum bestanden Ihrer Ansicht nach die Parteileitungen von CDU und LDP auf Weiterbestehen, wenn doch ziemlich früh – Sie haben das

Zitat von Dieckmann von 1945 gebracht – schon ausgesagt worden ist, daß es die Sowjet-Nähe und eine Nähe zum demokratischen Zentralismus gegeben hat? Zu dem Zitat von Dieckmann haben Sie gesagt, daß es auf einer öffentlichen Veranstaltung innerhalb des Wahlkampfes gefallen sei. Wird man den Tatbestand der öffentlichen Bekundung der Nähe zu den Sowjets wiederum als Relativierung der Aussage werten können?

**Abg. Hilsberg (SPD):** Herr Rieke, Sie haben den Schritt in die Illegalität in einem Moment gemacht, als keine allzu große Aussicht auf Erfolg bestanden hat, zumindest nicht kurz- und nicht mittelfristig. Würden Sie das heute wieder tun?

**Abg. Frau Fischer (SPD):** Herr Schollwer, Sie sagten vorhin, daß im Herbst das Programm der LDP verabschiedet wurde und Sie bis zum März 1949 Ihr Parteiprogramm ungehindert verkünden konnten. Ab Herbst wurde es verboten. Wer konkret hat die weitere Nichtverbreitung angeordnet, und welche Gründe wurden dafür genannt?

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Ich bitte zunächst die anwesenden Zeitzeugen um Ihre Antwort.

**Dr. Erika Wolf:** Die erste Frage betraf die Beziehungen zwischen Ost und West. Ich darf darauf hinweisen, daß von der CDU in Berlin sofort Kontakte nach Westdeutschland aufgenommen wurden. Als erster ist im August Dr. Lenz – so glaube ich – gereist. Ihm folgten noch sehr viele. Es bestanden Kontakte zu Josef Müller, dem sogenannten „Ochsensepp“ in Bayern. Bei der Godesberger Tagung war man sich völlig einig, daß man eine gesamtdeutsche CDU gegründet hätte, zu der auch die CSU sich gezählt hätte. Außerdem hat es eine Arbeitsgemeinschaft über die Zonengrenzen hinweg gegeben, die bis nach der Absetzung Kaisers noch wirksam gewesen ist. Hickmann, der Landesvorsitzende von Sachsen, war Mitglied, er mußte später allerdings ausscheiden.

Zur Frage Kaderpartei: Ich würde es auch so sehen, daß sich die Mitglieder nicht als Mitglieder einer Kaderpartei fühlten. Ich glaube – und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bei Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen würden –, daß die kleinen Freiräume im politischen Bereich immer geblieben sind und das Weiterbestehen der CDU und der LDP rechtfertigten. In der Gesellschaft blieben doch sehr viele kleine Möglichkeiten. Auch muß man sehen, daß die SED-Mitglieder nicht eine totale Einheit darstellten, sondern sehr verschieden reagierten und zusammenarbeiteten; ich denke da an die Frauen in sozialen Fragen.

Eine weitere Frage betrifft die Bodenreform. Ich möchte unterstreichen, daß Hermes kein Gegner der Bodenreform war, sondern ein Gegner der entschädigungslosen Bodenreform, wie sie durchgesetzt wurde, nämlich daß jeder, der mehr als 100 ha hatte, alles verlor.

Als letztes etwas zu der schwierigen Frage zur Auflösung der Partei – weggehen oder weitermachen. Ich kann mich erinnern, daß in den ersten Tagen des Januars 1948, als die Herren Kaiser und Lemmer ihre Ämter hatten aufgeben müssen, die verbliebenen Landesvorsitzenden überlegt haben, ob sie die Arbeit aufgeben oder ob sie weiterarbeiten sollten. Damals stand im Rat von Hermes, den man befragt hatte, deutlich das Wort, daß man weiterarbeiten sollte und daß man nicht das Recht hätte, die Menschen, die sich für eine Unterstützung der CDU eingesetzt hätten, nun völlig sich selbst zu überlassen. Ich weiß, daß man heute der Ansicht ist, daß das falsch war. Ich kann mich aber genau erinnern, daß in sehr ernsthaften Diskussionen diese Meinung doch z. B. bei Hickmann, dem man keine besondere Schwäche gegenüber der SED nachweisen kann, deutlich geworden ist. Die Weiterarbeit in der CDU wurde von den Mitgliedern bejaht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß Sie immer im Blick haben müssen, wie das Ansehen der sowjetischen Besatzungsmacht war. Nach den Vorgängen beim Einmarsch der Armee und den vielen Vergewaltigungen und anderen Taten hat doch eine erhebliche Skepsis bestanden, die in der Bevölkerung eine lange Weile vorgehalten hat.

**Dieter Rieke:** Ich will aus meiner Sicht einige kurze Anmerkungen machen: Ohne Überheblichkeit kann man aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei sagen, daß sie unter Bismarck, unter Hitler und unter Ulbricht und Stalin zu den politischen Gruppierungen gehört hat, die den höchsten Blutzoll gezahlt haben. Ich muß bekennen, daß wir uns, als wir nach der Zwangsvereinigung keine Chance mehr sahen, legal zu arbeiten, politisch tätig zu sein, in die Illegalität begeben mußten. Das hieß zugleich, Widerstandsarbeit zu leisten. Das hieß auch in den Köpfen unserer Leute: Es hat eine Zeit des 20. Juli gegeben, und die Leute haben etwas gegen Hitler unternommen. Warum sollten wir es nicht auch so tun und Widerstand leisten? Wir haben also nicht resigniert und uns ins stille Kämmerlein zurückgezogen. Wir waren damals als junge Leute der Meinung, daß gegengehalten werden muß. Wir wußten auch, daß die Westmächte und Westdeutschland uns nicht helfen konnten. Aber wir waren damals von dem Gedanken beseelt, daß das so nicht laufen kann. Ältere Mitglieder unserer Partei haben uns aus der Geschichte berichtet, wie das unter Hitler war. Wir haben uns immer wieder mit dem Gedanken befaßt. Als dann die Verhaftungen kamen, haben wir uns gefragt, ob das richtig war, was wir machten.

Im Rückblick auf diese Zeit muß ich sagen: Der Preis ist zu hoch gewesen. Ich würde, noch einmal in diese Situation zurückversetzt, vielleicht genauso handeln wie viele andere, die Konsequenzen ziehen und nach Westdeutschland abhauen. Genau das wollten wir nicht. Ich muß voller Bitternis dazu sagen, daß viele, die genauso gedacht haben wie ich, zugrunde gegangen sind in den Lagern der NKWD und der Volkspolizei.

Wir waren keine Helden, wir wollten auch keine Märtyrer sein. Der Punkt war wohl, daß uns die Erwartung, daß ein Wandel kommt, angetrieben hat. Wir sollten uns heute von der Illusion befreien, daß die Ansätze 1945 bis 1946/47 eine demokratische Entwicklung erhoffen ließen. Das war nicht der Fall. Ich habe mir von sowjetischen Offizieren sagen lassen, daß das eine absolute Machtstrategie war, vielleicht etwas kaschiert, um einen demokratischen Anschein zu erwecken. Man hat eine Politik in Deutschland impliziert, die hieß „Strategisches Vorfeld gegenüber dem Westen und freies Handeln mit einer absoluten Machtpriorität für eine kommunistische Diktatur.“

In Magdeburg – ich weiß nicht, wieviele Mitglieder wir waren, wahrscheinlich 10.000 bis 15.000 – sind etwa 2.000 bis 3.000 Leute bei der Umschreibung der Parteibücher nicht in die neue Parteiorganisation gegangen. Sie sind praktisch ausgetreten oder haben sich nicht wieder als SED-Mitglieder betätigt. Das führt zu der Überlegung, wie hoch ihr Anteil war. Wir dürfen nicht den Fehler machen, das aus heutiger Sicht zu betrachten. Die Verhältnisse damals waren anders. Es gab materielle Sorgen, wenig Information, wir konnten uns also nicht auf Strategien berufen oder irgendwelche Postulate verwirklichen. Was sich bei uns vollzogen hat, war mehr intuitiv. Die Bevölkerung hat gemerkt, daß sich die absolute Machtherrschaft der Roten Armee bzw. der SMAD anbahnt. Viele, die meisten, würde ich sagen, waren unschlüssig, waren abwartend, und einige, die es nicht ertragen konnten, weil sie benachteiligt waren, sind in den Westen gegangen. Eine kleine Zahl, die wie wir voller Ideale geglaubt haben, daß es nicht ewig so bleiben kann, und dageblieben sind, haben durchgehalten. Es war eine Zeit voller Bitternis. Für diejenigen, die dageblieben sind, hat die SPD in Westdeutschland sich bereit erklärt, materielle und anderweitige Unterstützung zu liefern. Ich selbst habe das in vielen Fällen erlebt. Der Kalte Krieg hat die Möglichkeiten dann allerdings beendet. Um so schlimmer wurde es für die Leute, die wirklich auf ein Ende der kommunistischen Herrschaft gehofft hatten. Das bedeutete innere Emigration, Resignation. Seit dem Mauerbau war sowieso keine Chance mehr gegeben.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die vielen, die es nicht geschafft haben, die Zeit zu überleben, haben zumindest Ansätze gezeigt, um wieder da zu sein, wenn sich die Verhältnisse ändern würden. Je länger die Zeit ins Land ging, um so weniger bestand die Chance. Diejenigen, die verhaftet wurden, saßen in den Gefängnissen von Workuta bis Bautzen, Sachsenhausen – Sachsenhausen nur in der ersten Zeit. Ich erinnere mich an einen Weggefährten, der lange Zeit bei den Nazis und dann bei uns noch gesessen hatte. Er hat mich gebeten: „Junge, solltest du die Chance haben, jemals wieder rauszukommen, erzähle über unser Schicksal, über unsere Arbeit; wir schaffen es nicht mehr.“ Stellvertretend für die vielen möchte ich Ihnen zurufen: Das war eine Zeit, die viele Familien zerbrochen hat, Leben geprägt hat, und viele sind an dieser Wirklichkeit SBZ/

DDR zugrundegegangen. Mein Bemühen ist es, das wachzuhalten und den jüngeren Leuten zu vermitteln, damit es nicht in Vergessenheit gerät.

**Wolfgang Schollwer:** Ich möchte zunächst zum Thema Selbstgleichschaltung Stellung beziehen. Ich erinnere mich an eine Diskussion des Landesvorstandes der LDP Brandenburg im Herbst 1948. Im Sommer hatte Marschall Sokolowski die für den Herbst angesetzten Gemeindewahlen auf Wunsch der SED verschoben. Nun gab es eine große Aufregung in der Partei – auch im Landesverband Brandenburg – über die Verschiebung der Wahl. Das schlug sich auch in dieser Landesvorstandssitzung nieder, bis sich ein einflußreicher Parteifreund meldete und folgende Argumente vortrug: Wir könnten ganz froh sein, daß die Wahlen nicht stattfänden, sondern verschoben würden, denn wir hätten gar nicht die Kandidaten, um die Wahlen zu bestehen. Wenn wir jetzt vor die Alternative gestellt würden, Wahlen vorzubereiten, wären wir dazu gar nicht in der Lage. Dieser Argumentation wurde vom Landesvorsitzenden nicht widersprochen. Ich habe in den folgenden Wochen und Monaten dieses Argument von höherer Seite, das heißt vom Zonenvorstand, gehört, daß man sich mit dieser Verschiebung besser zufriedengeben solle. Ein Argument habe ich besonders komisch gefunden: Man solle sich vorstellen, die Partei bekomme 50 oder 60 %; was solle man mit diesen vielen Wählern anfangen? Das war eine Form der Selbstgleichschaltung, die es in der LDP auch gegeben hat.

Zur Frage der Kommunikation: Wir hatten eine kurze Zeit lang eine gesamtdeutsche freidemokratische Partei, die Deutsche Demokratische Partei, die 1947 in Rothenburg ob der Tauber beschlossen wurde. Sie hatte zwei Vorsitzende, Herrn Külz und Herrn Heuss. Diese Partei hat nicht einmal ein Jahr existiert, dann brach sie auseinander, weil die Sowjetzonen-LDP sich unter Druck bereit erklärt hatte, zur Volkskongreßbewegung ja zu sagen und mitzumachen. Heuss war der Meinung, daß eine solche Haltung der LDP eine Zusammenarbeit unmöglich mache.

Zur Reaktion der Bevölkerung auf die Politik der Besatzungsmacht und der SED: Mein Eindruck war bis zum Jahr 1948, vielleicht sogar noch darüber hinaus, daß sich die Leute im Grunde genommen nur am Rande dafür interessierten. Sie hatten ganz andere Sorgen. Sie mußten zunächst für die Ernährung sorgen. Im Winter mußten sie dafür sorgen, daß sie genug zu heizen hatten. Sie hatten eine Fülle von privaten Dingen zu erledigen. Wir merkten das auch in den Parteien. Zum Beispiel stellten sich in der LDP nur wenige Leute zur Verfügung, um Parteiarbeit zu machen. Sie waren nicht daran interessiert.

Zur Kommunikation ist noch zu sagen: Es gab bis zum Jahre 1947 zahlreiche Reisen von Funktionären der LDP in den Westen, die dort an Parteitagungen der westlichen Freien Demokraten teilnahmen und dort teilweise Reden hielten. Mit dem Zusammenbruch der gesamtdeutschen liberalen Partei hörte das auf.

Dann war es verboten, außerhalb der Nationalen Front solche Kontakte zu haben. Alle Kontakte zwischen Hamann und Stempel liefen über die Nationale Front des Demokratischen Deutschland mit dem Ziel, im Westen Kreise für die Nationale Front zu gewinnen.

Zum Eisenacher Programm: Die totale Negierung ging sehr subtil vor sich. Es gab natürlich keine schriftliche Weisung, daß nicht mehr über das Programm gesprochen werden durfte. Dazu erinnere ich mich an eine Sitzung des Landesvorstandes. Dort hatte die Frauenreferentin des Landesverbandes die Kühnheit, auf das Eisenacher Programm hinzuweisen. Das geschah im Herbst 1949, nach der Gründung der DDR. Der Landesvorsitzende fuhr ihr sofort in die Parade, um zu sagen, daß das völlig inaktuell sei und daß es jetzt um völlig andere Dinge gehe, als was im Eisenacher Programm stehe. Offensichtlich hatten die Landesvorsitzenden schon Weisung von oben, derartige Diskussionen über das Parteiprogramm zu beenden.

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Ich danke allen Zeitzeugen für ihre Berichte. Nur mit solchen Berichten können wir vom Abstrakten ins Konkrete kommen. Nun bitte ich die Referenten von heute morgen zur Beantwortung der Fragen.

**Prof. Dr. Manfred Wilke:** Ich beginne mit der Frage von Herrn Dr. Soell. Diese Frage trifft ins Zentrum der Diskussion über die Bewertung der Anfangszeit. Ich will es ganz hart sagen: Für die sowjetischen Planungen und die in Moskau versammelten Überlebenden aus dem Komintern- und KPD-Apparat waren die Überlegungen der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten im Widerstand im Land vollkommen belanglos. Sie waren für sie genauso Objekte ihrer Überlegungen wie alle anderen auch.

Die Überlegungen in Moskau waren an andere Entscheidungen der Alliierten gekoppelt. Ich habe bislang herausgefunden, daß nach Teheran die Arbeitskommission zu tagen beginnt. Nach der Jalta-Konferenz kommt eine wichtige Zäsur, nämlich die Konzentration auf die Mobilisierung von Kadern für die Besetzung der neuen Institutionen in der Sowjetischen Besatzungszone. Als Fußnote möchte ich bemerken: Neben der berühmten Gruppe Ulbricht flog ein zweites Flugzeug mit zehn mobilisierten Leuten aus den Nationalkomiteeschulen nach Deutschland. In diesem Flugzeug saß bereits Herr Markgraf, der sofort als Polizeipräsident von Berlin tätig wurde. Das heißt, die Konzeption der moskowitzischen Planung ging eindeutig auf die Besetzung von Institutionen, um klare Verhältnisse zu schaffen. Die Frage von Fritz Erler im August 1945 an Ulbricht war belanglos. Ulbricht hat gelogen, wie das gesamte Unternehmen auf Lug und Trug aufgebaut war.

Deswegen habe ich am Anfang meines Referats nochmals die schönen Sätze aus dem Aufruf vom 11. Juni 1945 vorgetragen: „Wir wollen kein Sowjetsystem“; „bürgerlich-demokratische Republik“. In dem Aufruf steht natürlich auch der schöne Satz: „Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere



mit der Sowjetunion“. Was der Satz bedeutet hat, das hat Florin ein Jahr zuvor in Moskau schon klargemacht.

Das heißt, daß wir für die Diskussion zum Neuanfang ganz genau die Ebenen unterscheiden müssen. Wenn wir über die strategischen Planungen zur Besetzung der Institutionen in Deutschland reden, dann sind die deutschen Kader, die aus Moskau kamen, die Schlüsselgruppe, die schon 1945 das Heft in die Hand gedrückt bekamen.

Soweit ich das überblicken kann, kamen als nächste Kategorie die umgeschul-ten antifaschistischen Kader aus dem Nationalkomitee. Dann kamen die Leute aus dem inneren Widerstand, dann die Leute aus den KZs und dann der eine oder andere aus der Emigration des Westens, der 1945 noch mit im Tableau war.

Wenn wir diese Unterscheidung nicht machen, bekommen wir keine Entwir- rung der Diskussion über die Verantwortungs- und Entscheidungsträger. Ich habe darauf hingewiesen – ich habe das in der gebotenen Kürze gemacht –, wer Herr Florin war, der von 1937 an die Internationale Kontrollkommission der Komintern geleitet hat. Er war formal zuständig für die massenhafte Säuberung aller kommunistischen Parteien der Welt. Er mußte die Ausschlüsse unterschreiben, und er hat auch die Befehle abgehakt, die die Moskauer Genossen in die Lubjanka oder in den GULag schickten. Dieser Mann hält das Einleitungsreferat der Kommissionssitzung. Es ist kein Zufall, Herr Keller, daß die SED die Materialien so gelassen hat, wir wir sie jetzt finden. Die Veröffentlichung des Florin-Textes hätte die gesamte Geschichtspropaganda der Partei ab 1945 zur Makulatur verwandelt, weil dort der Machtwille der stalinistischen Kader formuliert worden ist.

Was haben wir noch gefunden? Ab 1944 gibt es Kaderlisten. Im Januar wird die erste Kaderliste gemacht, wer überhaupt in der Sowjetunion verfügbar ist. Das wird auf Gesamtdeutschland ausgerichtet. Dann gibt es eine Kaderliste, die für die Sozialdemokraten, aber auch für die Christdemokraten interessant ist. Mitte des Jahres wird ein Tableau gemacht, wer wofür verwendet werden kann und wo die Feinde sind. Auf dieser Liste kann man genau sehen: Die entscheidenden Feinde, die ihre Pläne in Deutschland durchkreuzten, nämlich Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, stehen nicht drauf. Sie rechnen mit den alten Zentrumsleuten oder mit den Leuten aus der Emigration.

Wir haben nun angefangen, die Konzepte der weiteren acht Referate zu sichten und aus den Nachlässen herauszuholen. Wir haben die gesamte Gewerkschafts- debatte gefunden. Dazu möchte ich mir eine boshafte Anmerkung erlauben: Ende der siebziger Jahre hatte der DGB die Idee, eine Einheitsgewerkschafts- debatte zu machen. Die jungen Bochumer Historiker, die der DGB dafür beschäftigt hatte, sagten damals, die Kommunisten hätten keine Konzeption gehabt. Wir können sie jetzt beruhigen: Die Kommunisten hatten – und das ist der eigentliche Punkt – im Wortsinn keine Gewerkschaftskonzeption.

Gewerkschaft, wie wir sie verstehen, interessierte sie nicht. Sie wollten eine Einheitsgewerkschaft haben. Der Gewerkschaftstheoretiker Wilhelm Zaisser ist der erste Chef des Ministeriums für Staatssicherheit. Er hat in dieser Sitzung gesagt, daß man die alten Gewerkschaftsfunktionäre nicht gebrauchen könne. Das ist im August 1944 gewesen. Auch hier ist dieses Modell einer zu gründenden Massenorganisation schon vorgedacht, und es ist nur eine Frage der Zeitumstände gewesen, wann das umgesetzt wurde. Daß die Kommunisten 1945 mit Grotewohl oder Erlar als deutschen Widerständlern gegen die Nazis wirklich diskutieren wollten – was in den Lagern sicherlich geschehen ist –, wie die Neuordnung Deutschlands gestaltet werden soll, das darf man sich nicht einbilden. Das war nur kalt und bürokratisch danach ausgerichtet, wer gebraucht werden kann und wer ausgeschieden werden muß.

Das ist meine Sicht der Dinge nach den Materialien, die ich bislang gesehen habe.

**Prof. Dr. Alexander Fischer:** Zur Frage nach der Herrschaftsstruktur und den -trägern hat Herr Rieke aus meiner Sicht eine treffende Antwort gegeben. Mit seiner Aussage stimme ich völlig überein, vor allem, wenn er darauf hinweist, daß es sich um ein klares, machtpolitisch orientiertes Konzept der Roten Armee – ich möchte noch ein Stück weitergehen: der Sowjetunion – gehandelt hat. Das Problem, Herr Rieke – ich nehme an, das sehen Sie ähnlich wie ich –, ist, daß diese Dinge längst bekannt und auch beschrieben worden sind. Nur haben wir in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande Schwierigkeiten gehabt, Gehör zu finden. Man wurde mit solchen Ansichten – ich habe schon gelegentlich darauf hingewiesen – als sogenannter Hardliner oder Kalter Krieger diffamiert.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß von sowjetischer Seite bei Kriegsende eine strategische Position mit offensiver Absicht bezogen wurde. So ist seit längerem bekannt, daß beispielsweise der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ im Jahre 1949 nicht die Zusammenführung der wirtschaftlichen Potentiale der Ostblockländer gewesen ist, sondern daß damit – wie aus den Akten der tschechoslowakischen KP belegt – von Stalin eine Institution für den Fall einer Auseinandersetzung zwischen dem „Imperialismus“ und dem sog. kapitalistischen System auf den Weg gebracht wurde. Hier ist also auf eine Konfliktsituation hingearbeitet worden; solange wir das nicht zur Kenntnis nehmen, blenden wir einen entscheidenden Faktor der Entwicklung nach 1945 aus.

Diese Strategie war für die Bevölkerung natürlich nicht erkennbar, sie war aber den entsprechenden Kadern der KPD, z. B. den Initiativgruppen, bekannt. Aus Publikationen der DDR ist belegt, daß großer Wert darauf gelegt wurde, in der SBZ zunächst nur bestimmte Kader einzusetzen, die eine Schulung in Moskau hinter sich hatten. Das erklärt die Zurückhaltung z. B. gegenüber Emigranten

aus Mexiko. Es wurde dafür gesorgt, daß die richtigen Leute an der richtigen Stelle sitzen, wie in Wolfgang Leonhards Erinnerungen nachzulesen ist.

Nun zur „Selbstgleichschaltung“ der „bürgerlichen“ Parteien – ein schwieriges Thema. Ich kann einer Formulierung von Herrn Dr. Mitter nur zustimmen: Hier ist noch eine Menge zu tun. Die Öffnung der Archive der DDR bringt nicht nur Antworten, sondern wirft auch neue Fragen auf. Von zentraler Bedeutung sind die sowjetischen Archive. Zur „Selbstgleichschaltung“ möchte ich als These formulieren: Im „bürgerlichen“ Lager gab es Leute, die sich für „die stärkeren Bataillone“ entschieden hatten. Sie meinten, diese stünden im Osten. Das kann übrigens auch auf internationaler Ebene nachgewiesen werden: Ich verweise auf Herrn Benesch; er hatte 1938 schlimme Erfahrungen gemacht und war vom Westen dermaßen enttäuscht worden, daß er schon während des Zweiten Weltkrieges die Weichen der tschechoslowakischen Politik in Richtung Osten stellte. Ich denke, daß das z. B. für Otto Nuschke genauso zu sehen ist. Man wird prüfen müssen, wer noch in Frage kommt. Insofern kann von einem Gleichschaltungsprozeß von der Spitze her gesprochen werden; indessen bleibt zu beachten, daß es an der Basis erheblich anders aussah.

Was die interzonale Kommunikation angeht, so hat Frau Wolf einen wichtigen Hinweis gegeben: Das Godesberger Treffen vom Dezember 1945 ist in der Geschichte der CDU ein Problem. Die Gründung der Berliner CDU war eine Reichsgründung; der Apparat der Partei war auf das gesamte Deutschland ausgerichtet. Godesberg sollte einen Durchbruch hin zu einer reichseinheitlichen Partei bringen, aber Andreas Hermes erhielt von Shukow keinen Interzonenpaß. Hermes' Rede ist daraufhin verlesen worden, was nicht die erhoffte Wirkung hatte.

Aus meiner Sicht als damals Zwölf- bis Vierzehnjähriger kann ich sagen, daß die Russen keine Chance bei der Bevölkerung hatten. Die Erlebnisse während des Einmarsches 1945 und die Berichte der Flüchtlinge hinterließen ihre Wirkungen. Das ist auch bei Margret Boveri in ihrem Buch „Tage des Überlebens“ aus Berliner Sicht nachzulesen. Leider wurde damals begreiflicherweise nur wenig aufgeschrieben; hier gibt es Quellenprobleme. Ich glaube aber sagen zu können, daß von der Bevölkerung in der SBZ im Osten keine Alternative zum Westen gesehen wurde.

Zu Dieckmann muß ich präzisieren: Es war keine öffentliche Veranstaltung, es war die Gründungsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Dresden im August 1945. Dort legte er sein sehr frühes Bekenntnis zur Sowjetunion ab.

**(Sv. Dr. Armin Mitter:** Was sagen Sie zu dem Wandel der Strategie, daß erst keine Parteien zugelassen werden sollten und dann doch?)

Ich habe den Eindruck, daß aufgrund einer neuen Lageeinschätzung eine Veränderung in der Strategie vorgenommen wurde. Ursprünglich war man der Meinung, gar keine Parteien zulassen zu können. Dann mußte es im

Hinblick auf die erforderliche Kooperation mit den westlichen Alliierten eine Zwischenphase geben. Man rechnete allerdings fest damit – dazu wurden Hinweise gefunden –, daß die Westmächte relativ rasch ihre Truppen aus Deutschland abziehen würden.

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Angesichts dessen, was die Enquete-Kommission bearbeitet, werden auch wir zur Westgeschichte – ich bin „Wessi“ – viel zu überlegen haben.

**Prof. Dr. Hermann Weber:** Man könnte eine lange Diskussion darüber führen, inwieweit Machtwille und Konzeptionen Politik bestimmen können. Wir wissen, daß die entsprechenden Rahmenbedingungen dazugehören, um das durchzuführen, und daß sich diese Rahmenbedingungen ändern, gerade in einer Umbruchsphase wie nach 1945. Eigentlich müßte jeder Schritt historisch abgegangen werden. Ich bin der Meinung, daß meine Aufgabe gewesen ist, zu zeigen, wie sich in der SED ein Wandlungsprozeß vollzogen hat. Die SED von 1948/49 war nicht mehr die gleiche SED von 1946, wenn man die ideologisch-programmatischen Aussagen, den Personalbestand und die Führungsspitze betrachtet. Die Frage ist: Was hat die Forschung bisher dazu bereits gesagt, und wo gibt es neue Einsichten aufgrund der Archivöffnungen?

Frau Dr. Wisniewski hat die Frage gestellt, wie der Weg vom Marxismus über den Marxismus-Leninismus hin zum Stalinismus gewesen sei. Unter Marxismus-Leninismus sind die ideologischen Konzeptionen und Positionen, die Ideologie generell zu verstehen. Den Marxismus hat die SED 1946 vertreten. Sie erklärte, die SED sei nicht nur eine deutsche Partei, die den demokratischen Weg gehe, sondern sie stehe gleichzeitig auf den Positionen des Marxismus. Das ist der Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien gewesen, die zu diesem Zeitpunkt längst von Marxismus-Leninismus gesprochen haben. Zur gesellschaftspolitischen Realität, wie die Machtstrukturen, die gesellschaftspolitischen Durchsetzungsmechanismen und Strategien aussehen, hat die SED von sich natürlich nicht gesagt, daß sie das System des Stalinismus errichten will. Das Wort war bis zum Jahre 1989 ein Tabu. Das ist eine Einschätzung meinerseits, die ich geben kann, über die ich aber versucht habe, in einer Vielzahl von Veröffentlichungen zu zeigen, daß darüber hinaus Stalinismus etwas weiteres ist, nämlich die brutale Form nicht nur der Diktatur schlechthin, sondern die brutale Form der Säuberungen, der Verfolgungen, der Unterdrückungen und des Personenkults, der als ideologische Dominante hinzugekommen ist.

Zu der Frage, wer eigentlich verantwortlich gewesen ist – Herr Dr. Faulenbach hat sie gestellt –: Man wird auch hier sagen müssen, daß es nicht so ganz einfach ist, die Verantwortlichkeit nur der sowjetischen Besatzungsmacht oder nur dem Politbüro oder dem Parteivorstand der SED zuzuschreiben. Es kommt auch hier auf die konkrete Situation an. Generell hat selbstverständlich die Besatzungsmacht – das ist im Wort enthalten – bis 1949, also bis zur Gründung

der DDR, danach mit großer Sicherheit die sowjetische Kontrollkommission, die Hauptstränge der Politik bestimmt. Dagegen konnten die deutschen Kommunisten nicht opponieren. Das war völlig undenkbar. Insofern gibt es schon noch eine übergeordnete Instanz über den kommunistischen Kadern, nämlich die SMAD als das ausführende Organ der sowjetischen Regierung.

Ich möchte ein Beispiel bringen: Wilhelm Pieck berichtete am 3. Juli 1950 über ein Gespräch, das er mit sowjetischen Vertretern, darunter Semjonow, hatte. Dort heißt es folgendermaßen: Untersuchungen über parteifeindliche Elemente sind notwendig. Dabei sollten sowohl Staatssicherheit – Zaisser – als auch PKK – Matern –, das heißt einerseits die staatliche Ebene für die Verfolgung von Staats wegen, und andererseits die Parteikontrollkommission für die innerparteiliche Verfolgung, eingesetzt werden. Direktiven ergehen.- Das war am 3. Juli 1950. Am 11. Juli 1950, eine Woche später, faßte das Politbüro unter Punkt 14 folgende Mitteilung der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) zusammen: „Aufgrund des Berichtes des Vorsitzenden der ZPKK über das Untersuchungsverfahren gegen den Genossen Abusch im Zusammenhang mit dem Fall Field scheidet Genosse Abusch aus dem Sekretariat des Politbüros aus.“

Ich glaube, deutlicher kann es nicht werden. Semjonow mahnte an, was los sei, warum das so lange dauere. Danach wird das erste „Bauernopfer“- Abusch – schon rausgeworfen. Einen Monat später folgten Merker und die gesamte Gruppe. Wenn man zentrale Punkte ansieht, merkt man, daß die sowjetische Besatzungsmacht es war, die in den Jahren 1947 bis 1949 und darüber hinaus das bestimmende Element gewesen ist. Man kann die Feststellung treffen, daß das generell gilt, aber das gilt nicht bei allem.

Warum die SED so früh entstand und die anderen Einheitsparteien erst drei Jahre später, ob das nun sowjetische Taktik war, das wissen wir noch nicht. Die Akten sind noch nicht gefunden worden. Der Einfluß der deutschen Kommunisten, die ihre Vorstellungen hatten, spielte wahrscheinlich auch eine Rolle. Ich glaube, man kann das jeweils nur konkret beurteilen. Das Gesamte ist ein Beziehungsgeflecht, und man kann es sich nicht so einfach machen, zu sagen, daß der oder jener bestimmend war.

Nun noch ein paar Worte zur Gründung der SED: Herr Keller, ich glaube, daß man nicht danach gehen kann, wieviel Prozent der Mitglieder der SPD bereit waren, in die SED zu gehen, und wieviele dagegen waren. Wenn eine Partei gewissermaßen mit Lug und Trug vorgeht und behauptet, auch sie sei für die parlamentarische Demokratie, kann man sagen, daß mit der Vereinigung etwas nicht stimmt. Als zweites muß geprüft werden, ob diejenigen, die die SPD weiterführen wollten, eine Möglichkeit hatten, dies zu artikulieren. Es ist klar, daß das Element des Zwangs dagewesen ist – wenn man darunter nicht nur den Zwang mit dem Revolver sieht –, ganz abgesehen von dem Element des Betruges, denn 1948 wurde die SED eben doch als kommunistische

Partei ausgewiesen. Insofern kann man das nicht entkräften, indem man versucht, zu sagen: Es gab aber einen großen Teil – die aus den KZs z. B. –, der die Entwicklung so nicht wollte. Das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß sich die KPD 1918/19 von der SPD abgespalten hat, weil sie die parlamentarische Demokratie nicht wollte. 1945 konnten die Leute nicht mehr wissen, daß die Aussage der KPD, auch sie sei jetzt für die parlamentarische Demokratie, nicht stimmt. Die Leute haben sich gefragt, wo der Unterschied ist, denn auch im Westen hat es solche Ansichten gegeben. Diese Meinungen gingen nicht nur auf die sowjetisch besetzte Zone zurück. Am Ende zeigt sich, daß das ein singulärer Vorgang war und nur möglich, weil eine allmächtige Besatzungsmacht zusammen mit ihren verbündeten deutschen Kommunisten den Zusammenschluß durchziehen konnte. Eine darüber hinausgehende Einschätzung ist, glaube ich, nicht möglich.

**Dr. Günter Buchstab:** So wie Herr Dr. Faulenbach und Herr Dr. Mitter das festgestellt haben, habe ich das nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß 1948 der Prozeß der Gleichschaltung massiv einsetzte und 1952 im wesentlichen abgeschlossen war. Zunächst muß man zwischen der Basis und den Funktionären unterscheiden. Das habe ich verschiedentlich versucht deutlich zu machen. Am 17. Juni 1953 war es in der Tat so – ich habe die Protokolle des Hauptvorstandes der CDU nachgelesen –, daß ausschließlich Götting die Diskussion bestimmte. Es gab zwar noch ein paar kritische Bemerkungen, aber Götting setzte sich massiv durch. Er ging über mehrere Wochen hinweg in die Bezirke, um dort die Basis und die Funktionäre zu beruhigen. Die Funktionäre, die 1953 noch nicht auf Linie waren, wurden blitzschnell eliminiert. Von da an kann man auf jeden Fall sagen, daß die Funktionärsschicht, die die Partei bestimmt hatte, zum überwiegenden Teil prokommunistisch-zentralistisch eingestellt war. Also war die CDU in der Funktionärsschicht eine Kaderpartei, nicht jedoch bei den Mitgliedern.

Ich kann Herrn Rieke ausdrücklich unterstützen: Was er gesagt hat, gilt nicht nur für die SPD-Angehörigen, sondern gilt in gleichem Maße auch für die vielen Mitglieder der CDU, die in den Haftanstalten genauso gelitten haben wie die anderen.

Herr Meckel hat noch eine Anmerkung zum Sozialismus gemacht. Das müßte man eigentlich lange diskutieren. Ich kann nur sagen: Kaiser verstand den Sozialismus ähnlich wie die im Westen als einen christlichen Sozialismus. Die Begriffe müssen sehr deutlich unterschieden werden, denn christlicher Sozialismus beinhaltet auch Privateigentum, keine staatlichen wirtschaftlichen Monopolstellungen genauso wie die Freiheit der Persönlichkeit. Das ist etwas ganz anderes als ein atheistischer Sozialismus.

Abschließend eine Bemerkung zu Nuschke: Er war ab 1950, nach der Anerkennung der Einheitslisten für die Wahlen, im Grunde genommen ein

abgetretener Vorsitzender. Er spielte in den Vorstandssitzungen keine Rolle mehr. Das Sagen hatte Götting. Nuschke war nur noch eine Galionsfigur.

**Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse:** Meinen Dank an diejenigen, die die sehr wichtige Diskussion bestritten und die geantwortet haben, verbinde ich mit meinem Dank an diejenigen, die so geduldig gewartet haben.

Ich rufe jetzt als letzten Punkt der heutigen Tagesordnung drei weitere Vorträge auf:

1. *„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“*

**Dr. Günter Braun:** Der folgende Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Versuch, anhand weniger Beispiele aus der politischen Praxis der Thüringer SED das, was Professor Weber zur Entwicklung der Gesamtpartei vorgetragen hat, in einigen Punkten regionalhistorisch zu konkretisieren.

Daß die Entwicklungslinien der SED auf Zonen- und Länderebene in Grundzügen parallel verliefen, muß nicht besonders betont werden. In einem politisch-sozialen System, das zwar föderal gegliedert, aber frühzeitig von Einheitsstaatspostulaten überlagert war und seit 1947 einem beschleunigten Zentralisierungsprozeß unterlag, paßten sich alle nachgeordneten Partei- und Verbandsgliederungen ebenso an die von „oben“ vorgegebenen Formen und Inhalte der Politikgestaltung an wie der administrative Unterbau. Je nach regionalen bzw. lokalen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren geschah dies freilich in unterschiedlicher Ausprägung und zuweilen auch ungleichzeitig.

Bevor ich mich den Spezifika der Thüringer Nachkriegsgeschichte und ihren Folgen für die SED-Entwicklung zuwende, sei wenigstens ein summarischer Hinweis auf Quellen, Literatur sowie Forschungsstand gegeben: Zur Verfügung standen die Protokolle der Sekretariatssitzungen des Landesvorstands Thüringen von 1946 bis 1950. Ausgewertet wurden ferner Überlieferungen des SED-Parteiorgans sowie Teile des Bestandes des Innenministeriums der Landesregierung Thüringen. Nur Aktensplitter sind von den Vorläuferorganisationen SPD und KPD – auf Thüringen bezogen – erhalten, wobei eine Vielzahl der SPD-Materialien im Westen seit langem durch den Nachlaß Hermann Brills zugänglich waren. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die unmittelbare Nachkriegsphase der Thüringer Landes- und Parteienpolitik schon vor der „Wende“ relativ gut erforscht werden konnte. Insbesondere Darstellungen von Manfred Overesch, Beatrix W. Bouvier, Frank Moraw und Helga A. Welsh weisen dies nach. Mit den nun verfügbaren Quellen zur thüringischen SED-Geschichte werden die bisherigen Forschungsergebnisse nicht hinfällig, aber doch in vielen Punkten ergänzt, bisweilen korrigiert, und sie sind vor